

Philipp Tamblé

Abweichungsfeste Verfassungsgrundsätze des Unionsrechts als ordre public-Vorbehalt gegenüber dem Völkerrecht



Nomos

Beiträge zum
ausländischen öffentlichen Recht und Völkerrecht

Herausgegeben von
der Max-Planck-Gesellschaft
zur Förderung der Wissenschaften e.V.,
vertreten durch Prof. Dr. Armin von Bogdandy
und Prof. Dr. Anne Peters

Band 304

Philipp Tamblé

Abweichungsfeste Verfassungsgrundsätze des Unionsrechts als ordre public-Vorbehalt gegenüber dem Völkerrecht



Nomos

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

1. Auflage 2021

© Philipp Tamblé

Publiziert von

Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG
Waldseestraße 3-5 | 76530 Baden-Baden
www.nomos.de

Gesamtherstellung:

Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG
Waldseestraße 3-5 | 76530 Baden-Baden

ISBN (Print): 978-3-8487-8093-8

ISBN (ePDF): 978-3-7489-2511-8

DOI: <https://doi.org/10.5771/9783748925118>



Onlineversion
Nomos eLibrary



Dieses Werk ist lizenziert unter einer Creative Commons Namensnennung – Nicht kommerziell – Keine Bearbeitungen 4.0 International Lizenz.

Vorwort

Die hier vorgelegte Arbeit wurde im Sommersemester 2020 von der Juristischen und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg als Dissertation angenommen. Danach wurde sie aktualisiert; Literatur und Rechtsprechung sind bis Oktober 2020 berücksichtigt.

Mein besonderer Dank gilt meinem akademischen Lehrer Christian Tietje. Seine wertvolle Betreuung und seine Anregungen haben die Arbeit in dieser Form ermöglicht. Dabei sind besonders die fruchtbaren Diskussionen der Doktorandenkolloquien und Brown Bag Lunches hervorzuheben, die von den Lehrstühlen Tietje und Hanschel organisiert wurden. Mein Dank gilt also ebenso Dirk Hanschel, der freundlicherweise die Anfertigung des Zweitgutachten übernahm.

Das Gelingen dieser Arbeit und den kritischen Reflexionsprozess haben die Teilnehmer der genannten Diskussionsrunden entscheidend gefördert. Für ihre Unterstützung und Freundschaft sei Romy Klimke, Andrej Lang, Lina Lorenzoni Escobar, Miriam Elsholz und Dustin Hesse gedankt. Zu dieser Runde zählt insbesondere Manuel Brems, dem auch für die zusätzlichen Motivationsschübe gedankt sei.

Weitere Perspektiven auf die zugrundeliegenden Fragen des Unionsrechts hat mir der intensive Austausch während des Sommerkurses des EUI 2016 (Florenz) eröffnet. Neue Betrachtungsweisen auf die Unionsrechtsordnung gewann ich während meines Studienjahres am Collège d'Europe 2017/2018 (Brügge). Für die intensiven verfassungsrechtlichen Diskussionen in Brügge danke ich besonders Sacha Garben, Philipp Pohle und Enrico Nadbath.

Die Landesgraduiertenförderung des Landes Sachsen-Anhalt hat mich während eines wesentlichen Teils der Entstehung dieser Arbeit finanziell durch ein Promotionsstipendium unterstützt. Sie hat zudem meine Teilnahme an dem Sommerkurs des EUI Florenz durch ein Reisestipendium mitfinanziert. Dafür bin ich sehr dankbar.

Dem Max-Planck-Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht und dem Nomos Verlag danke ich für die Aufnahme der Arbeit in diese Schriftenreihe. Johannes Biermann danke ich für seine wertvolle Unterstützung bei der Endkorrektur.

Großer Dank gilt meiner Ehefrau und meinen Freunden, die mich in den verschiedenen Entstehungsphasen der Arbeit stets unterstützt haben.

Ganz besonderer Dank gebührt schließlich meinen Eltern und meiner Großmutter, ohne den Versuch zu unternehmen diesen in Worte zu fassen. Ihnen ist dieses Buch gewidmet.

Berlin, im November 2020

Philipp Tamblé

Inhaltsübersicht

Abkürzungsverzeichnis	19
A. Einleitung	23
I. Problemaufriss	24
II. Gang der Untersuchung	35
B. Der Begriff der Verfassungsgrundsätze in der Rechtsprechung	46
I. Kadi I: Anwendung der Verfassungsgrundsätze	46
II. Kadi II: Die präzisierte Anwendung der Verfassungsgrundsätze nach dem Vertrag von Lissabon	76
III. Kadi I und II als feste Bestandteile der Rechtsprechung – spätestens seit dem Gutachten 1/15	81
IV. Gutachten 2/13: Der geplante EMRK-Beitritt und die Positionierung der Unionsrechtsordnung gegenüber dem Völkerrecht	83
V. Weitere Urteile und Gutachten zur Einordnung der Verfassungsgrundsätze	95
VI. Fazit: Einordnung der Verfassungsgrundsätze in die Rechtsprechung	112
C. Die abweichungsfesten Verfassungsgrundsätze des Unionsrechts	118
I. Untersuchungsgesichtspunkte	118
II. Dogmatische Bestimmung der abweichungsfesten Verfassungsgrundsätze	125
III. Anwendungskonstellationen der abweichungsfesten Verfassungsgrundsätze	186
IV. Rechtsfolgen des Verstoßes gegen abweichungsfeste Verfassungsgrundsätze	200
V. Folgen und Funktion der Anwendung abweichungsfester Verfassungsgrundsätze	200
VI. Zusammenfassung: Das Konzept der abweichungsfesten Verfassungsgrundsätze	217

D. Einzelne abweichungsfeste Verfassungsgrundsätze	220
I. Methodisches Vorgehen	220
II. Autonomie und Zuständigkeit des EuGH	231
III. Rechtsstaatlichkeit	234
IV. Grundsatz der begrenzten Einzelermächtigung	239
V. Schutz der Grundrechte	242
VI. Grundsatz der Freiheit	248
VII. Grundsatz der Gleichheit	250
VIII. Grundsatz der Demokratie	251
IX. Strukturmerkmale des institutionellen Gefüges	254
X. Strukturmerkmale des Binnenmarktes	260
XI. Fazit	271
E. Abweichungsfeste Verfassungsgrundsätze als unionsrechtlicher ordre public Vorbehalt	274
I. Problemaufriss: Die Kollisionslage und die Kollisionsregel	274
II. Begriffs- und Artenvielfalt des ordre public Vorbehalts	277
III. Gemeinsame Merkmale der ordre public Vorbehalte	302
IV. Bilden die abweichungsfesten Verfassungsgrundsätze einen ordre public Vorbehalt?	320
F. Gesamtergebnis und Auswirkungen auf aktuelle Problembereiche	345
I. Konzeption der abweichungsfesten Verfassungsgrundsätze	346
II. Die abweichungsfesten Verfassungsgrundsätze als ordre public Vorbehalt	352
III. Anwendung auf aktuelle Problembereiche	353
IV. Thesenartige Zusammenfassung	357
Schrifttum	359

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	19
A. Einleitung	23
I. Problemaufriss	24
1. Verhältnis zwischen Unionsrecht und Völkerrecht	24
a) Anhaltspunkte in den Verträgen	25
b) Anhaltspunkte in der Rechtsprechung	26
c) Verfassungsgrundsätze als Anhaltspunkt	27
2. Begriff „Verfassungsgrundsätze“	28
3. Relevanz der Verfassungsgrundsätze als Kriterien der Grenzziehung zwischen Unionsrecht und Völkerrecht	28
a) Relevanz für das Verhältnis des Unionsrechts zum Völkerrecht	28
b) Relevanz für einzelne Fallkonstellationen	32
II. Gang der Untersuchung	35
1. Thematisches Vorgehen	35
2. Methodisches Vorgehen	36
3. Perspektivenwahl	38
4. Vorverständnis	41
5. Ziele der Arbeit	44
B. Der Begriff der Verfassungsgrundsätze in der Rechtsprechung	46
I. Kadi I: Anwendung der Verfassungsgrundsätze	46
1. Das Vorverständnis in den Urteilen des Gerichts	48
a) Verhältnis zwischen dem Gemeinschaftsrecht und dem Völkerrecht	48
b) Gerichtliche Kontrolle anhand des <i>ius cogens</i> , verstanden als <i>ordre public</i>	50
2. Die Schlussanträge des Generalanwalts	53
3. Die Verfassungsgrundsätze im Urteil des Gerichtshofs	55
a) Verhältnis zwischen dem Gemeinschafts- und Völkerrecht	56
b) Verfassungsgrundsätze als Überprüfungskriterien des autonomen Rechtssystems	56

c) Analyse der Anwendung der Verfassungsgrundsätze	59
aa) Beachtung und Berücksichtigung des Völkerrechts in der Gemeinschaftsrechtsordnung	60
bb) Prüfungsmaßstab: die Verfassungsgrundsätze des EG-Vertrags	62
cc) Bezugnahme der Verfassungsgrundsätze auf den EG-Vertrag	65
dd) Abgrenzung des angewandten Prüfungsmaßstabs vom gesamten Primärrecht	66
ee) Achtung der Menschenrechte als Verfassungsgrundsatz	69
ff) Erfasste Fallkonstellationen	69
gg) Verwendung des Begriffs der „Verfassungsgrundsätze“ in der Rechtsprechung des EuGH	70
4. Zusammenfassung	74
II. Kadi II: Die präzisierte Anwendung der Verfassungsgrundsätze nach dem Vertrag von Lissabon	76
1. Rolle der Verfassungsgrundsätze bei der Prüfung von EU-Sanktionen	76
2. Übertragen von Kadi I auf die Rechtslage nach Lissabon	78
3. Präzisierung der Anwendung der Grundrechte als Verfassungsgrundsätze durch Kadi II	80
III. Kadi I und II als feste Bestandteile der Rechtsprechung – spätestens seit dem Gutachten 1/15	81
IV. Gutachten 2/13: Der geplante EMRK-Beitritt und die Positionierung der Unionsrechtsordnung gegenüber dem Völkerrecht	83
1. Stellungnahme der Generalanwältin: kein antizipierter ordre public Vorbehalt	84
2. Normierte Grundlagen für den Beitritt und „besondere Merkmale der Union und des Unionsrechts“	87
3. Angewandter Prüfungsmaßstab: verfassungsrechtlicher Rahmen	88
4. Vergleich zwischen den besonderen Merkmalen des Unionsrechts und den Verfassungsgrundsätzen	92
5. Zusammenfassung	94
V. Weitere Urteile und Gutachten zur Einordnung der Verfassungsgrundsätze	95
1. Die Verfassungsterminologie des Gerichtshofs	95

2. Die Autonomie der Gemeinschaftsrechtsordnung gegenüber dem Völkerrecht als Grundlage der Gemeinschaftsrechtsordnung selbst	98
3. Der Umgang mit den völkerrechtlichen Zielen des Umsetzungsrechtsaktes	101
4. Die Verfassungsgrundsätze als Grenze der Ausnahme von der Primärrechtsbindung nach Art. 351 AEUV	104
5. Anhaltspunkte für einzelne Verfassungsgrundsätze in der Rechtsprechung	106
a) Strukturelemente der Gemeinschaft (Gutachten 1/76)	106
c) Gleichheitssatz (Rahmenabkommen über Bananen)	107
d) Grundlegende Bestimmungen (Eco Swiss)	107
aa) Ähnlichkeit von Verfassungsgrundsätzen und grundlegenden Bestimmungen	109
bb) Rolle von grundlegenden Bestimmungen in der Rechtsprechung des EuGH	109
cc) Begriff des <i>ordre public</i>	111
VI. Fazit: Einordnung der Verfassungsgrundsätze in die Rechtsprechung	112
1. Der Begriff und die Häufigkeit seiner Verwendung	113
2. Das zugrundliegende Verständnis vom Verhältnis des Unionsrechts zum Völkerrecht	114
3. Zur Rolle herausgehobener Formulierungen	115
4. Zusammenfassung: Die Verfassungsgrundsätze nach Kadi I in der Rechtsprechung	116
C. Die abweichungsfesten Verfassungsgrundsätze des Unionsrechts	118
I. Untersuchungsgesichtspunkte	118
1. Verfassungsrechtliches Vorverständnis	119
2. Bedeutung des Grundsatzes	122
3. Relevanz der Analyse der Verfassungsgrundsätze	123
II. Dogmatische Bestimmung der abweichungsfesten Verfassungsgrundsätze	125
1. Bildung von Kriterien ausgehend von der Rechtsprechung	126
a) „Verfassung“	127
b) Prüfungstauglicher „Grundsatz“	128
c) Abweichungsfeste Wirkung im Ergebnis	132
d) Zuständigkeit des Gerichtshofs und Autonomie der Rechtsordnung als Voraussetzungen	135

2. Hauptanwendungsfälle in der Kadi-Konstellation	139
a) Art. 351 und Art. 347 AEUV	139
b) Schlussfolgerungen für die Konzeption der Verfassungsgrundsätze	142
c) Schlussfolgerungen für die Auslegung von Art. 347 und Art. 351 AEUV	143
3. Gründe für die abweichungsfeste Wirkung	145
a) Innerunionale Berücksichtigung der Völkerrechtsfreundlichkeit und der Wertesicherung	146
b) Rolle der Verfassungsgrundsätze im Mehrebenensystem	151
4. Primärrechtliche Verankerung der abweichungsfesten Verfassungsgrundsätze	155
a) Verknüpfung von Verfassungsterminologie und dem geschriebenen Primärrecht	155
b) Von Art. 6 EUV (Nizza) zu Art. 2 EUV (Lissabon)	156
c) Art. 2 S. 1 EUV als begriffliche Verankerung der abweichungsfesten Verfassungsgrundsätze	158
d) Vereinbarkeit mit dem Prinzip der begrenzten Einzelermächtigung	164
5. Abgrenzung	166
a) Vorschriften, die auf die Werte des Art. 2 EUV verweisen	166
b) Gesamtes geschriebenes Primärrecht und eigene Hierarchiestufe	167
c) Allgemeine Rechtsgrundsätze	169
d) Allgemeine Grundsätze des Unionsrechts	172
6. Terminologie	173
a) Begründung der Begriffswahl	173
b) Bedeutungsunterschied zwischen Prinzip und Grundsatz im konkreten Fall	176
7. Anwendung der Verfassungsgrundsätze als Prüfungsmaßstab	177
a) Einseitige Anwendung im Kollisionsfall zwischen Unionsrecht und Völkerrecht	177
b) Abwägung bei der Prüfung anhand der Verfassungsgrundsätze und die Völkerrechtsfreundlichkeit der Unionsrechtsordnung	180
8. Zwischenfazit	185

III. Anwendungskonstellationen der abweichungsfesten	
Verfassungsgrundsätze	186
1. Abweichungsfeste Wirkung gegenüber	
Umsetzungsrechtsakten bezüglich früherem	
Völkervertragsrecht der Mitgliedstaaten	
(Kadi-Konstellation)	186
2. Abweichungsfeste Wirkung gegenüber	
Völkervertragsrecht und gegenüber bindendem	
Völkergewohnheitsrecht	189
a) Völkervertragsrecht der Union	189
b) „Späteres“ Völkervertragsrecht der Mitgliedstaaten	190
c) Völkergewohnheitsrecht, das die Union bindet	190
d) Völkergewohnheitsrecht, das die Mitgliedstaaten	
bindet	192
e) Zusammenfassung	192
3. Fälle der abweichungsfesten Wirkung innerunional	193
a) Sekundärrechtsakte, insbesondere Fälle der Art. 351	
und Art. 347 AEUV	193
b) Sekundärrechtsakte außerhalb der Fälle der Art. 351	
und Art. 347 AEUV	194
c) Relevanz bei der Prüfung nach Art. 218 Abs. 11	
AEUV	196
d) Rechtsakte der Mitgliedstaaten	197
4. Zwischenfazit	199
IV. Rechtsfolgen des Verstoßes gegen abweichungsfeste	
Verfassungsgrundsätze	200
V. Folgen und Funktion der Anwendung abweichungsfester	
Verfassungsgrundsätze	200
1. Unionale Ebene	201
a) Völkerrechtsfreundlichkeit	201
b) Koordination und Kooperation im	
Mehrebenensystem	203
c) Rolle des <i>EuGH</i>	206
2. Völkerrechtliche Ebene	206
a) Anpassungseffekte durch einen „Luxemburg effect“?	206
b) Begrenzung des „Luxemburg effect“	209
3. Mitgliedstaatliche Ebene	211
a) Nachahmung auf mitgliedstaatlicher Ebene?	211
b) Bezugnahme auf <i>Kadi I</i> durch das <i>BVerfG</i> in der	
<i>Lissabon</i> -Entscheidung	213

4. Folge: restriktive Auslegung der abweichungsfesten Verfassungsgrundsätze	215
VI. Zusammenfassung: Das Konzept der abweichungsfesten Verfassungsgrundsätze	217
1. Dogmatische Beschreibung	217
2. Anwendungsfälle und Rechtsfolge	217
3. Rechtspolitische Folgen	218
D. Einzelne abweichungsfeste Verfassungsgrundsätze	220
I. Methodisches Vorgehen	220
1. Identifikation	221
a) Rechtsprechung	221
b) Primärrecht	223
c) Literatur	224
2. Inhaltliche Konkretisierung	226
a) Die herausgearbeiteten Merkmale	226
b) Der abweichungsfeste Gehalt und die Berücksichtigung der Völkerrechtsfreundlichkeit	227
c) Die restriktive Auslegung und der Einfluss anderer Rechtsebenen oder Teilverfassungen	230
II. Autonomie und Zuständigkeit des EuGH	231
III. Rechtsstaatlichkeit	234
1. Inhalt und Verankerung im Primärrecht	234
2. Erfüllung der Kriterien der abweichungsfesten Verfassungsgrundsätze	237
a) Primärrecht und konkreter Prüfungsgehalt	238
b) Abweichungsfester Gehalt	238
c) Autonomie und Zuständigkeit des Gerichtshofs	239
IV. Grundsatz der begrenzten Einzelermächtigung	239
V. Schutz der Grundrechte	242
1. Primärrecht	243
2. Konkreter Prüfungsgehalt	244
3. Abweichungsfester Gehalt	245
4. Autonomie und Zuständigkeit des Gerichtshofs	247
5. Prüfung und Beachtung des Völkerrechts	247
VI. Grundsatz der Freiheit	248
VII. Grundsatz der Gleichheit	250
VIII. Grundsatz der Demokratie	251
IX. Strukturmerkmale des institutionellen Gefüges	254
1. Inhalt und Verankerung im Primärrecht	255

2. Erfüllung der Kriterien der abweichungsfesten Verfassungsgrundsätze	257
a) Primärrecht und konkreter Prüfungsgehalt	257
b) Abweichungsfester Gehalt und Autonomie	258
X. Strukturmerkmale des Binnenmarktes	260
1. Grundfreiheiten	262
a) Primärrecht und konkreter Prüfungsgehalt	262
b) Abweichungsfester Gehalt und Autonomie	262
2. Freier Wettbewerb	264
a) Primärrecht und konkreter Prüfungsgehalt	264
b) Abweichungsfester Gehalt und Autonomie	268
XI. Fazit	271
1. Identifizierte abweichungsfeste Verfassungsgrundsätze	272
2. Inhaltliche Überschneidung der Verfassungsgrundsätze und Rolle des Art. 2 EUV	272
3. Weitere potentielle Verfassungsgrundsätze mit abweichungsfester Wirkung	273
E. Abweichungsfeste Verfassungsgrundsätze als unionsrechtlicher ordre public Vorbehalt	274
I. Problemaufriss: Die Kollisionslage und die Kollisionsregel	274
II. Begriffs- und Artenvielfalt des ordre public Vorbehalts	277
1. Der Begriff des ordre public Vorbehalts auf innerstaatlicher Ebene	278
a) Kollisionsrechtlicher ordre public	278
b) Anerkennungsrechtlicher und vollstreckungsrechtlicher ordre public	279
c) Nationales Verfassungsrecht gegenüber dem Unionsrecht	280
d) Zusammenfassung	282
2. Der Begriff des ordre public Vorbehalts auf völkerrechtlicher Ebene	283
a) Völkervertragsrecht	284
b) Vergleich des BVerfG mit dem ordre public des Völkervertragsrechts	286
c) Völkergewohnheitsrecht	288
d) Völkerrechtliche Aufladung der innerstaatlichen ordre public Vorbehalte	288
e) Zusammenfassung	289

3. Der Begriff des ordre public Vorbehalts auf europarechtlicher Ebene	290
a) Unionsrechtliche Aufladung der mitgliedstaatlichen ordre public Vorbehalte	290
b) Die öffentliche Ordnung als Vorbehalt in den EU-Verträgen	296
c) Ordre public und Europarecht im weiteren Sinne	299
d) Zusammenfassung	301
III. Gemeinsame Merkmale der ordre public Vorbehalte	302
1. Die Wirkung als Vorbehalt	302
a) Vorbehaltswirkung zugunsten einer Rechtsordnung im Einzelfall	302
b) Vorbehaltswirkung zugunsten staatlicher und nichtstaatlicher Rechtsordnungen	304
c) Unterscheidung zwischen der Rechtsordnung, die den Vorbehalt gewährt und der Rechtsordnung, zugunsten deren ordre publics der Vorbehalt wirkt	306
d) Grund für das Bestehen der ordre public Vorbehalte in geschriebener und ungeschriebener Form	307
e) Grenzen der Vorbehalte: restriktive Auslegung	311
2. Die Bestimmung des jeweils durch den Vorbehalt geschützten ordre public	312
a) Bezeichnung des geschützten Inhalts des Vorbehalts in geschriebenen Vorbehalten	312
b) Bezeichnung des geschützten Inhalts des Vorbehalts in ungeschriebenen Vorbehalten	314
c) Rechtsquelle des geschützten Inhalts des Vorbehalts	316
d) Grundrechtsschutz	317
e) Kernmetapher	318
IV. Bilden die abweichungsfesten Verfassungsgrundsätze einen ordre public Vorbehalt?	320
1. Einordnung der Aussagen des EuG in Kadi I	320
2. Vergleichbare Merkmale	322
a) Kollisionslage als Ausgangspunkt für die Kollisionsregel	322
b) Vorbehaltswirkung	325
c) Ergebniskontrolle im Einzelfall	327
d) Bestimmung des durch die abweichungsfesten Verfassungsgrundsätze geschützten Gehalts	328
e) Zusammenfassung	332

3. Auffälligkeiten	333
a) Konkretisierung des durch die Verfassungsgrundsätze geschützten kollisionsrechtlichen Teils des unionsrechtlichen ordre public	333
b) Unterschiede zwischen den Verfassungsgrundsätzen und der Identitätskontrolle	335
c) Mögliche Aufladung der Verfassungsgrundsätze	339
4. Fazit: Die abweichungsfesten Verfassungsgrundsätze bilden einen unionsrechtlichen ordre public Vorbehalt	342
 F. Gesamtergebnis und Auswirkungen auf aktuelle Problembereiche	345
I. Konzeption der abweichungsfesten Verfassungsgrundsätze	346
1. Kriterien	347
2. Geschützte Gehalte	347
3. Auswirkungen auf das Verhältnis der Unionsrechtsordnung zum Völkerrecht	348
a) Positionierung der Unionsrechtsordnung zum Völkerrecht	349
b) Bessere Einordnung der verfassungsrechtlichen Terminologie der Rechtsprechung und größere Rechtssicherheit	350
c) Bestimmung des primärrechtlichen Prüfungskatalogs des <i>EuGH</i> mit Blick auf das Völkerrecht	351
II. Die abweichungsfesten Verfassungsgrundsätze als ordre public Vorbehalt	352
III. Anwendung auf aktuelle Problembereiche	353
1. Sanktionen	354
2. EMRK-Beitritt und weitere völkerrechtliche Abkommen	354
3. Schiedsklauseln in bilateralen Investitionsschutzverträgen	356
IV. Thesenartige Zusammenfassung	357
 Schrifttum	359

Abkürzungsverzeichnis

a. A.	anderer Ansicht
a. a. O.	am angegebenen Ort
ABl.	Amtsblatt
AJIL	American Journal of International Law
AöR	Archiv des öffentlichen Rechts
Bd.	Band
BGBI	Bundesgesetzblatt
BT-Drs.	Drucksache des Deutschen Bundestages
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerfGE	Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts
BIT	Bilateral Investment Treaty
CMLR	Common Market Law Review
ders.	derselbe
dies.	dieselbe
DöV	Die öffentliche Verwaltung
DVB1	Deutsches Verwaltungsblatt
EG	Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaften
EJIL	European Journal of International Law
EJLS	European Journal of Legal Studies
EL	Ergänzungslieferung
EMRK	Europäische Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten
EuG	Gericht (früher Gericht erster Instanz)
EuG-VerfO	Verfahrensordnung des Gerichts
EuGH	Gerichtshof der Europäischen Union
EuGH-VerfO	Verfahrensordnung des Gerichtshofs
EuGRZ	Europäische Grundrechte-Zeitschrift
EuR	Europarecht (Zeitschrift)
EuZW	Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
EWG-Vertrag	Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft
EWR	Europäischer Wirtschaftsraum
EnzEuR	Enzyklopädie Europarecht
GA	Generalanwalt/ Generalanwältin
GATT	General Agreement on Tariffs and Trade
GATS	General Agreement on Trade in Services
GLJ	German Law Journal
GRC	EU Grundrechtecharta
GYIL	German Yearbook of International Law

Hrsg.	Herausgeber
HStR	Handbuch des Staatsrechts
ICL Journal	Vienna Journal on International Constitutional Law
ICLQ	International and Comparative Law Quarterly
ICSID	International Centre for Settlement of Investment Disputes
ILC	International Law Commission.
IPR	Internationales Privatrecht
i. S. v.	im Sinne von
IZVR	Internationales Zivilverfahrensrecht
JZ	Juristenzeitung
KritV	Kritische Vierteljahresschrift für Gesetzgebung und Rechtsprechung
Ls.	Leitsatz/ Leitsätze
MPEIL	Max Planck Encyclopedia of Public International Law
m. w. N.	mit weiteren Nennungen
NJW	Neue Juristische Wochenschrift
NVwZ	Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht
QIL	Questions of International Law
Rev.	Review
Rs.	Rechtssache
RSCAS	Robert Schuman Centre For Advanced Studies
SchIA	Schlussanträge
Slg.	Sammlung der Rechtsprechung
sog.	sogenannt
TRIPS	Agreement on Trade-Related Aspects of Intellectual Property Rights
u. a.	und andere
UN	United Nations
UN-Charta	Charta der Vereinten Nationen
Univ.	University
UNÜ	New Yorker UN-Übereinkommens über die Anerkennung und Vollstreckung ausländischer Schiedssprüche
Vol.	Volume
VVDStRL	Veröffentlichungen der Vereinigung der Deutschen Staatsrechtslehrer
WVK	Wiener Konvention über das Recht der Verträge
ZaöRV	Zeitschrift für ausländisches Öffentliches Recht und Völkerrecht
ZERP	Zentrum für europäische Rechtspolitik an der Universität Bremen
ZPO	Zivilprozessordnung
ZRP	Zeitschrift für Rechtspolitik

Darüber hinaus wurden die allgemein üblichen Abkürzungen verwendet, hierfür sei auf Kirchner, Abkürzungsverzeichnis der Rechtssprache, 8. Aufl., Berlin u. a. 2018 verwiesen.

